

CHRONIK DER ZEIT

Kurt Schumacher †

Der Tod Kurt Schumachers wird wohl einst als tiefer Einschnitt im Leben des deutschen Volkes empfunden werden. Das politische und soziale Leben Deutschlands ist in den Jahren nach dem Umsturz von ihm wie von keinem anderen Menschen geprägt worden. Sein Name wird mit den Jahren 1945 bis 1952 deutscher Geschichte für immer verbunden bleiben. Deutschland und Europa würden ohne sein Wirken sehr viel anders aussehen. Der Rahmen, in dem sich all unser Wirken, das politische, wirtschaftliche und soziale, vollzieht, ist von ihm in keinem geringen Ausmaß mitgezimmert worden.

Seine größte geschichtliche Tat war, den Einbruch der sowjetischen Gewalt in Berlin und in Westdeutschland zu verhindern. Dadurch hat er in Deutschland und in Europa den Raum politischer und sozialer Freiheit erhalten, der nach der sowjetischen Überflutung Ost- und Mitteleuropas noch verblieb. Ihm ist es vor allem zu verdanken, daß die Machtergreifung und Machterschleichung durch die sozialistische Einheitspartei in Berlin und in Westdeutschland mißlang. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß ohne ihn die „Verschmelzung“ auch in Berlin und Westdeutschland zustande gekommen wäre, die im Zeichen west-östlicher Verbrüderung und im Angesicht des gebrochenen politischen Willens der Deutschen der Verwirklichung näher war, als man heute glauben mag. Wäre auch Schumacher den Weg G r o t e w o h l s gegangen und hätte er nicht mit Mut, Tatkraft und Nervenstärke gegen den „Anschluß“ seiner Partei gekämpft, wäre Berlin lautlos in der sowjetischen Macht versunken. Keine Besatzung hätte die Machtergreifung durch die kommunistisch gelenkte SED verhindern können. Dann, aber hätte der Osten den Kampf um Deutschland mit einer ganz anderen Chance des Erfolges aufnehmen können. Die politische Eroberung von Berlin, die fast wie durch ein Wunder nach der militärischen ausblieb, hätte den Sowjets Deutschland und vielleicht Europa zu Füßen gelegt. Schumacher sei es vor allem zu danken, heißt es in dem Beileidsschreiben des Bundespräsidenten an den Vorstand der SPD, daß er den Einbruch der totalitären Ideologien abgefangen und damit die Sicherung einer demokratischen Entwicklung sachlich und seelisch gestützt hat. Das bleibt sein unverlierbares vaterländisches Verdienst.

Die zweite damit zusammenhängende geschichtliche Leistung Kurt Schumachers ist

der Aufbau der SPD nach dem Kriege. Der Charakter und die Zielsetzung der Partei sind entscheidend von Schumacher geprägt worden. Er hat der Partei ihre außenpolitischen Konzeptionen gegeben. Die Außenpolitik, wie sie die Partei betrieb und betreibt, war ja nicht schlechthin eine Selbstverständlichkeit. Manche Akzente waren in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei durchaus neu. Das außenpolitische Programm der SPD ist das ur-eigenste Werk Kurt Schumachers.

Schumachers geschichtliche Leistung ist es auch, von dem Programm und der Politik der Partei „weltanschauliches“ Beiwerk abgelöst zu haben, das der Arbeiterbewegung immer eine sektiererische Verengung gegeben hat. Die freidenkerische Phrase verschwand aus dem Wortschatz der SPD. Nicht zuletzt wurde dadurch die Gründung des DGB möglich, der die weltanschauliche und politische Zerklüftung der Arbeiterschaft überwinden sollte. Es war nicht zuletzt Schumacher, der sehr bewußt die SPD aus einer vermeintlich „klassenkämpferischen“ Enge herausgeführt hat. Die Hausmacht der SPD, so hat er gesagt, wird immer die Arbeiterschaft bleiben, aber krisenfest ist sie nur durch die Mittelschichten.

Schumachers Wirken war gekennzeichnet durch das Ziel, den Deutschen wieder einen politischen Willen zu geben. Die deutsche Politik sollte nicht fürderhin, so gelobte er, eine Funktion der Besatzungsmacht sein. Es ging ihm darum, den leeren Raum wieder mit politischer und sozialer Kraft auszufüllen.

Im Mittelpunkt seines politischen Handelns und Denkens stand die Wiederherstellung Gesamtdeutschlands. Darin sah er die große Stunde des deutschen Volkes und die Erfüllung des eigenen Lebens, die ihm ein tragisches Geschick nun verwehrt hat. Von diesem Augenblick an erst würde das politische und soziale Leben Deutschlands neu beginnen. Erst dann könnten die großen Entscheidungen gefällt werden, die Deutschland seine Gestalt und seinen Platz in der Welt geben. Er bäumte sich gegen alles auf, was ihm die Zukunft (Deutschlands „vorgezunehmen“ und zu „verpfänden“ schien. So wollte er seine Partei und seine Nation für eine geschichtliche Bewährungsprobe erziehen, die ihrer noch harnte. Er glaubte mit der ganzen Kraft seines Herzens an die dritte Chance des deutschen Volkes (nach 1918 und 1945), einen freien und sozialen Staat zu schaffen.

Das Aktionsprogramm der SPD

Kurt Schumacher ist immer skeptisch gegenüber der Ausarbeitung eines Programms für die SPD gewesen. Er meinte, daß die Zeit für ein Programm erst gekommen sei, wenn das deutsche Volk den Zustand des Provisoriums hinter sich habe. Nun liegt zur Debatte auf dem nächsten Parteitag der Entwurf eines Aktionsprogramms vor. Der Wandel der Zeit drückt sich vor allem darin aus, daß die bisher in den Parteiprogrammen der SPD übliche Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung weggefallen ist. Dem geschichtlichen Augenblick und den Auffassungen Kurt Schumachers entsprechend ist an die Stelle dessen die Besinnung um den weltpolitischen Platz Deutschlands getreten. Die Haltung zum Wehrbeitrag wird durch den Satz umschrieben: „Der wichtigste Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im kalten Krieg ist die Festigung der demokratischen Gemeinschaft durch eine Politik sozialer Gerechtigkeit.“ Die andere Einstellung, wonach die Bundesrepublik zur militärischen Rüstung des Westens beitragen könne, sobald einmal gleiche Last, gleiche Chance und gleiches Risiko verbürgt seien, d. h. unter der Voraussetzung eines ausreichend großen amerikanischen Einsatzes in Europa, ist in den Hintergrund getreten.

Die SPD setzt ihr ganzes Spiel auf Gesamtdeutschland — das Erbe Schumachers. „Nur das vereinte deutsche Volk ist berechtigt, die endgültigen Formen seiner Politik und seiner Wirtschaft mit dem Blick nach vorn zu bestimmen und zu gestalten.“ Es ist der Glaube, daß dem deutschen Volk noch eine neue Chance beschieden ist und daß es ihm noch einmal vergönnt sein würde, von vorne anzufangen. Alles bisherige politische und soziale Geschehen im deutschen Raum sei ein Provisorium. „Die Provisorien können nichts Definitives für das ganze deutsche Volk schaffen.“ Die SPD sei daher die Partei der deutschen Patrioten und der internationalen Sozialisten. Die Selbstbehauptung des deutschen Volkes wird mit „großem Nachdruck als politische Aufgabe dargetan. „Nur ein Volk, das sich selbst behauptet, kann ein wertvolles Glied einer größeren Gemeinschaft sein.“

Die konkreten Forderungen sind aus der parlamentarischen und politischen, Praxis der SPD hinlänglich (bekannt: Mitbestimmung, Vollbeschäftigung, Verteilung der Steuerlast nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Sozialisierung der Grundstoffindustrien, Abschaffung des agrarischen Herreneigentums und Anerkennung des Arbeitseigentums der Bauern, Anpassung der Renten an die Preissteigerung, eine Schule, „in der ohne Unterschied der Kon-

fession die deutsche Jugend im Geiste der Toleranz und der gegenseitigen Achtung erzogen wird“.

Die große Frage aber bleibt, von welcher geschichtlichen Welle sich die Partei vorwärtstragen lassen will. Das ist die Frage, die auch an die anderen Parteien gestellt wird, wenn sie einmal an die Besinnung auf ihre programmatischen Grundlagen gehen wollen.

Der Fall Auerbach

Der Selbstmord des ehemaligen Leiters des bayerischen Landesentschädigungsamtes und ehemaligen Staatskommissars, Auerbach, hat auf die Geschichte des deutschen Volkes in dem letzten Jahrzehnt und seine sozialen Nöte ein grelles Licht geworfen. Eine große menschliche und soziale Katastrophe verkörpert sich in dem Mann, den Bayern nach dem Umsturz zum Landeskommissar für die Verfolgten machte. Tausende von Juden, dem Gastod und dem Pogrom entronnen, den Abgrund hinter sich, verjagt, entwurzelt, enteignet, warteten auf Hilfe und Wiedergutmachung. Sie mußten abgefunden und auch weggeschafft werden. Die unglücklichen Menschen waren eine bedrohliche Last für die Deutschen und die Besatzungsbehörden. Das Gericht, das Auerbach verurteilte, hat ihm bescheinigt, daß er mit seiner Aufgabe fertig geworden ist. Zu verlangen, daß das nur auf korrektem und gesetzlichem Wege hätte geschehen sollen, ist eine Narrheit. Wie sollte ein Geschehnis, an das sich eine europäische, seit Jahrhunderten nicht mehr erlebte Umwälzung im Volksgefüge Europas, das Sterben des europäischen Judentums, der Tod von Millionen von Menschen, die Austreibung und die Enteignung von Hunderttausenden knüpfte, nach der Norm des Alltags ablaufen! Man sagt, es habe viel Korruption bei der Liquidierung dieser Vergangenheit gegeben. Verwunderlich ist nur, daß es nicht mehr gegeben hat. In den Jahren des deutschen Untergangs nach dem Gesetz zu leben, hieß Selbstmord verüben. Wir alle haben an der Schuld der Jahre unser gerüttelt Maß gehabt.

Das heißt aber auch, daß mutmaßlich das Urteil juristisch gesehen zu Recht besteht. Der Verstoß gegen das formale Recht lag auf der Hand. Würde einmal Anklage erhoben, war die Verurteilung nicht zu umgehen. Es gibt keinen Anhalt dafür, daß die Richter nicht nach bestem Wissen und Gewissen geurteilt haben. Manche Menschen rieben sich schon die Hände: Ein Sumpf jüdischer und demokratischer Korruption würde da enthüllt werden. Nichte dergleichen geschah. Was an Auerbach „hängen blieb“, war genau das, was in einer Zeit des Umsturzes, der Gesetzlosigkeit und der Not erwartet werden konnte und erwartet

werden mußte. Keiner hätte die große Leistung, die Auerbach auch vom Gericht bescheinigt wurde, ohne irgendeine Schuld vollbringen können. Der Vertreter des DGB sagte am Grabe von Auerbach, daß Auerbach heroisch gekämpft habe, die Schuld zu verkleinern. In diesem Sämnie tat es keinen neuen Fall Dreyfus gegeben. Juristisch ist kein Unrecht geschehen.

Wenn angeklagt wurde, mußte verurteilt werden. Die große Frage ist also in der Tat, ob wirklich angeklagt werden mußte. Zu sagen oder wenigstens zu überlegen, daß besser nicht angeklagt worden wäre, heißt nicht dem Vertuschen von Korruption und Vergehen das Wort zu reden. Aber wenn einer herausgegriffen wird aus Tausenden und Hunderttausenden, die seine Schuld mittragen und mitbegangen haben, wird das formale Recht leicht zur sachlichen Ungerechtigkeit. Die Richter taten, was sie konnten und was sie mußten; sie hätten nicht freisprechen können, ohne ein Recht zu verletzen. Aber es war ihnen zu viel aufgebürdet. Man trat viele Vergehen aus dem Dritten Reich ungesühnt gelassen — z. T. mit guten Gründen, weil nach so verworrenen Zeiten „Schwamm drüber“ eine vernünftige Politik ist. Man hätte auch gegenüber den Opfern des Dritten Reiches so verfahren können.

Die Paragraphen des Rechtes reichen nie völlig aus, um einem Menschenschicksal voll gerecht zu werden, ganz besonders aber dann nicht, wenn geschichtliche Katastrophen von säkularem Ausmaße mitspielen. Man hat einen Menschen zuviel von der Schuld der Zeit tragen lassen. Sein Schicksal ist daher eine ernste Mahnung an alle, die für das politische und soziale Schicksal unseres Volkes verantwortlich sind.

Die „Saarisierung“ Europas

Man fragt sich oft, wie viele Weltkriege eigentlich die Menschheit hinter sich haben muß, damit gewisse Fragen oft kleinster Ordnung von der Tagesordnung der Weltpolitik verschwinden. Wir schlagen uns mit Problemen herum, die z. Z. des Berliner Kongresses ihrer Lösung genau so fern und nahe waren wie heute: Triest, Südtirol, Cypern, Suez, Dardanellen und natürlich Saar. Man wird dem kürzlich aus dem Amt geschiedenen Hohen Kommissar der USA, M c C l o y , durchaus zustimmen können, daß die Saarfrage keine solche von globaler Bedeutung sei. Aber sie hält anscheinend den Gang der Weltgeschichte auf: ein Steinchen, das die Räder zum Stehen bringt. Man redet nun von der Europäisierung der Saar, während doch Europa droht, saarisiert zu werden, d. h. an provinziellen Problemen zu scheitern. Die Mächte haben leider noch

wenig Neigung gezeigt, sich als Provinzen Europas zu fühlen.

Wir sind schon beinahe nicht mehr imstande, Standpunkte der anderen zu begreifen. Frankreich ist der Meinung, daß das wirtschaftliche Gleichgewicht in Europa gestört ist, wenn nicht die Saarkohle primär der französischen Wirtschaft zugute kommt. Das ist durchaus ein Standpunkt, wenn er ohne Verbrämungen zum Ausdruck kommt. Es ist das gute Recht einer Nation, um ihre Lebensinteressen und um ihre Wirtschaftskraft besorgt zu sein. Wenn man nicht Europa sagt, wo man Kohle meint, müßte darüber durchaus eine klare und redliche Verständigung möglich sein.

Der große Zankapfel heißt nun: Freie Wahlen. Der französische Standpunkt ist ungefähr: Wenn man die Saar europäisieren will, kann man nicht Fragen von europäischer Bedeutung der Entscheidung von 700 000 Menschen an der Saar unterwerfen. Die Parteien, die sich an den Wahlen an der Saar beteiligen wollen, müßten sich also vorher auf die „europäische Lösung“ der Saarfrage verpflichten, was fatalerweise auf die Ausschaltung der eigentlich deutschen Parteien hinausläuft. Richtig ist an dem französischen Gesichtspunkt durchaus die Überlegung, daß eine europäische Regelung nicht durch lokale Wahlen in die Luft gesprengt werden darf. So weit sollte der französische Standpunkt in Deutschland mehr Anerkennung und Berücksichtigung finden, als er tatsächlich tut. Die Entscheidungsrechte und Befugnisse des Saarparlaments müssen in der Tat genau umgrenzt sein. Aber man kann durchaus Vorkehrungen treffen, daß nicht das Saarparlament eine europäische Übereinkunft über die Nutzung der Saargruben außer Kraft setzen kann. Man könnte sicherlich nicht dem Gemeinderat einer künftigen europäischen Hauptstadt die Gestaltung der europäischen Politik überlassen. Was echte europäische Regelung ist, kann nicht durch lokale Wahlen in Frage gestellt werden. Aber daraus folgt doch nicht, daß alles Deutsche in Saarbegriffe und Saargrößen umgemünzt werden muß. Es ist unbestritten — es wird auch von den Franzosen nicht angefochten —, daß die Saar deutsch ist. Dann müssen dort deutsche Probleme zu Wort kommen, deutsche Parteien, deutsche Verbände und deutsche Gewerkschaften. Man kann allen Gruppen im Saargebiet die Verpflichtung auferlegen, Verträge zwischen Großmächten zu achten und europäische Regelungen und Entscheidungen anzuerkennen. Einen Eid auf Europa: Ja, aber nicht auf die Saar. Der europäische Gedanke verlangt nicht, aus den Deutschen Bewohner des Saangebietes zu machen, sondern aus Franzosen und Deutschen Europäer.

Den Tatsachen ins Auge sehen

Die Parteileitung der Labour Party hat dem Parteitag eine programmatische Erklärung unter dem Titel „Facing the facts“ (Den Tatsachen ins Auge sehen) vorgelegt. Der Economist schreibt bashaft, die Hauptsache, um die es gehe, sei die, daß die gemäßigten Gruppen in der Labour Party kein Programm hätten. Die Mäßigung in der Politik hat es immer schwer, ein Programm zu formulieren. Das Ziel läßt sich leichter ausdrücken als die Bewegung.

Es ist in der Tat richtig, daß das neue Programm der Labour Party nicht die Bestimmtheit hat, die sonst britische politische Aufrufe kennzeichnen. Die Wahlaufufe bezeichnen genau die konkreten Maßnahmen, die eine Partei im Falle eines Sieges während ihrer Regierung durchführen wird. Daraus besteht dann ihr „Mandat“, der Auftrag und die Vollmacht, die sie hat. Man kann und darf nur das durchführen, was im Wahlaufuf steht. Treten andere Probleme und Pläne in den Vordergrund, dann muß die Regierung neu wählen lassen), um sich dafür ein „Mandat“ geben zu lassen. Daher hat wohl auch das englische Parteiprogramm seine praktische und konkrete Art erhalten. Die englischen Parteiprogramme pflegen nicht aufzuzählen, was gut, teuer und wünschenswert in der Welt ist, sondern sind ein Katalog der nächsten genau -bezeichneten Regierungsmaßnahmen. Die Arbeiterpartei gibt z. B. genau die Industrien an, die in ihrer Regierungsperiode sozialisiert werden sollen.

„Facing the facts“ ist weit unbestimmter. Angaben wie: „In dem Umfang, den das öffentliche Interesse gebietet“, sind recht häufig. Der Grund ist recht einfach. Die innere Spaltung der Partei verbietet es, Streit dadurch herauszufordern, daß man sich früher als notwendig auf Einzelheiten der Politik festlegt.

Der englische Sozialismus befindet sich im Augenblick in einer großen Besinnung auf die Grundlagen des Sozialismus überhaupt. Wichtige allgemeine Programmschriften sind erschienen. B e v a n hat seine Politik entwickelt: In place of fear (An Stelle von Furcht). Der Kreis des New Statesman hat „New Fabian Essays“ herausgegeben. Die Fabian Essays, von denen Bernard Shaw den vielleicht wichtigsten schrieb, waren einst Meilensteine auf dem Weg der Entwicklung der englischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftsbewegung. Die Fabian Essays predigten die Nationalisierung und glaubten - beinahe inbrünstig an die öffentliche Unternehmung, (Man hat vom „Gas- und Wasser-sozialismus“ von Bernard Shaw gesprochen, weil er von der Gemeinde betriebene Gas- (und Wasseranstalten verlangte.)

Die neuen Fabian Essays haben den Glauben daran verloren. Man mag zwei Strömungen des englischen Sozialismus unterscheiden. Die eine sieht in dem Staatsbesitz und in der Nationalisierung der Industrie das Hauptmittel, um zur neuen Gesellschaft zu gelangen, die andere, vertreten durch Owen, Cole und den Gildensozialismus, versucht, durch die verschiedenen Formen der industriellen Demokratie dem Arbeiter die Produktionsmittel unmittelbar in die Hand zu geben und ihm dadurch die soziale Verantwortung zu übertragen. Sie vertritt den sich selbstverwaltenden Betrieb — ohne Staatskontrolle. Diese zweite Strömung — zu der die Gewerkschaftsbewegung immer geneigt hat — ist zweifelsohne im Wachsen. Crossman, der Herausgeber der neuen Fabian Essays und wohl der stärkste Kopf unter den neuen Fabianern, meint, daß es die Aufgabe der Arbeiterbewegung sei, nicht die Macht zu zentralisieren, sondern sie im Gegenteil so zu dezentralisieren, daß die Menschen in all ihren Lebensbereichen das Bewußtsein zu haben vermögen, es gäbe etwas, was sie selbst entscheiden können? Crossman wendet sich gegen die simple Unterscheidung von Kapitalismus und Sozialismus als zweier Stufen der sozialen Entwicklung, die sich gegenseitig ablösen. In Wahrheit gäbe es Überschneidungen, Überlagerungen und Abstufungen. Es habe sich als eine Illusion erwiesen, daß die Macht, die man den Kapitalisten entrissen habe, dem Volk zugute komme. Sie sei vielmehr von Industrieführern, Managern, Industriellen und staatlichen Bürokraten an sich gerissen worden. Die englische Arbeiterpartei hat, wie die englischen Kirchen, immer Ketzler in ihrem Schoße gehabt. Crossman trägt in seinem Essay einige sehr ketzerische Äußerungen über den menschlichen Fortschritt vor. Die christliche Lehre von der Erbsünde sei weit realistischer als die Schwärmerei eines Rousseau von dem guten Menschen oder die Marxsche Vision einer (klassenlosen Gesellschaft. Die menschliche Geschichte sei keineswegs ein stetiges Fortschreiten, zur Freiheit hin. Der normale Zustand der Menschheit sei vielmehr die Ausbeutung und die Sklaverei. Die kurzen Epochen der Freiheit seien ungeheure, durch heroische Anstrengungen vollbrachte Leistungen gewesen.

Die große Erkenntnis, die aus der geistigen Auseinandersetzung innerhalb der britischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hervorgeht, ist wohl: Die politische Bewegung der Arbeiterschaft muß wesentlich ergänzt werden durch die soziale Bewegung selbst, durch die Institutionen und Organisationen der unmittelbaren Verantwortung und der lebendigen konkreten Freiheit.

Parteien und Gewerkschaften in den USA

Der Wahlkampf in den USA rückt näher. Den Menschen und auch den sozialen Verbänden und Mächten ist bald die große Entscheidung aufgegeben. Die soziale und politische Entwicklung der USA hängt in einem großen Ausmaße davon ab. Die Struktur und die Form der Parteien wird davon geprägt werden, die Gewerkschaften wägen ihre Stellungnahme. Das politische Gehäuse der Weltmacht USA wird in einer ganz entscheidenden Art dadurch gestaltet werden, in welchem Ausmaß die Arbeiterschaft und Gewerkschaften „politisch“ zu werden vermögen.

In den USA ist nun eine große Auseinandersetzung darüber entbrannt, ob die Gewerkschaften als nationale Verbände zur Wahl Stellung nehmen dürfen und sollen. Die Praxis der beiden großen Gewerkschaftsverbände ist bisher leicht verschieden gewesen. Der CIO neigt dazu, eine Generalempfehlung zu geben, die AFL bevorzugt die Stellungnahme zu den einzelnen Kandidaten bei den Kongreßwahlen. Die Kandidaten werden nach der üblichen Manier zu einzelnen Problemen der amerikanischen Politik gefragt, und die Stellungnahme der Gewerkschaften richtet sich nach den Antworten. Im großen und ganzen ist die „Empfehlung“ der Gewerkschaften bei beiden Verbänden hauptsächlich zugunsten der Demokraten erfolgt. Wie weit die „Empfehlung“ wirkt, ist umstritten. Als Beispiel wird angeführt, daß Senator Taft, der Urheber des scharfen Gesetzes gegen die Gewerkschaften, in einem vorwiegend aus Arbeitern zusammengesetzten Wahlkreis trotz der Stellungnahme der Gewerkschaften gegen ihn gewählt wurde. In den Zuschriften an die großen Zeitungen wird immer noch gesagt, daß jeder einzelne Arbeiter aus individueller Verantwortung wählen müsse. Der Arbeiter widerstrebe der politischen „Bevormundung“ durch die Gewerkschaften wie durch andere Verbände und Organisationen. Man beruft sich auf den Geist „individueller Verantwortung“, der für vieles herhalten muß. Äußerungen von Samuel Gompers werden wiedergegeben, daß es eine einheitliche politische Stellungnahme der Gewerkschaften nicht gäbe und nicht geben dürfe (wobei übersehen wird, daß diese Äußerungen aus einer weitgehend versunkenen Ära der radikal-unpolitischen Gewerkschaftsbewegung stammen): „Jeder, der behauptet, daß er die Stimmen der Arbeiter (labour vote) in der Tasche habe, ist ein Lügner, und jeder, der tatsächlich glaubt, daß er die Stimmen der Arbeiter in seiner Tasche hat, ist ein Narr.“ Gompers war dafür, die Empfehlung der Gewerkschaft auszuhandeln.

Solche Ansichten werden auch von seiten mancher Gewerkschafter geäußert. Das alles zeigt, in welchen großen Zusammenhängen der Kampf um die Präsidentschaft ausgefochten wird.

Der CIO hat sich nun für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Stevenson in einer förmlichen Erklärung ausgesprochen. Die Art, wie der CIO sein Eintreten begründet, vermittelt eine gute Vorstellung von den sozialen politischen Entwicklungen und Kräften der USA, so daß der Aufruf etwas ausführlicher zitiert werden mag:

Es ist wesentlich, daß die Stimmabgabe der Amerikaner so wie auch in der Vergangenheit nicht auf Gefühle, sondern auf Tatsachen gegründet ist. Die Amerikaner sollen die Leistungen der Kandidaten im Auge haben; sie sollen die Programme und die Politik der Parteien studieren, und sie sollen die Versprechungen im Lichte vergangener Taten wägen. Das Interesse unseres geliebten Landes verlangt, daß wir klug und mit einem Blick auf die künftige Wohlfahrt der Nation abstimmen.

Die Plattform, der demokratischen Partei ist abgefaßt in der Roosevelt-Truman-Tradition, die Furcht zu bannen und in die Zukunft mit Vertrauen und Kühnheit zu blicken. In Gesetze umgesetzt würde sie Amerika so ausrüsten, daß es den komplizierten heimischen Problemen gewachsen sein wird . . .

Die Plattform der demokratischen Partei ist in einer klaren Weise darauf ausgerichtet, den amerikanischen Lebensstandard zu heben durch die Kontrolle der Inflation, durch den Ausbau der sozialen Sicherheit, durch ein gerechtes Steuerprogramm, durch eine gute Wohnbaupolitik und durch das Prinzip, daß in der Krise der Nation jeder nach seinen Fähigkeiten Opfer zu bringen hat.

Die Plattform der demokratischen Partei verlangt die Aufhebung des „unbrauchbaren, ungerechten und undurchführbaren Taft-Hartley-Gesetzes gegen die Gewerkschaften . . .“

Kein Kandidat, so geachtet und wohlgesinnt er auch sein mag, könnte andererseits die Macht der alten Garde entreißen, die noch immer die Kontrolle der republikanischen Partei innehat, die im Kongreß die Politik diktiert und die reaktionären Programme aufstellt.

Diese alte Garde ist weder gestorben, noch hat sie kapituliert; sie stellt einen uralten Feind des Volkes dar, und sie hat sich durch ihre Gesetzgebung im Kongreß gut demaskiert.

Sozialer Umsturz im Nahen Osten?

Die Ereignisse in Persien und Ägypten haben der Welt wiederum wie ein Gewitterschlag zum Bewußtsein gebracht, daß der vordere Orient ein vulkanischer Boden ersten Ranges ist. Dem Westen droht immer dank der gewaltigen sozialen Spannungen dieses Raumes der Boden hier unter den Füßen wegzurutschen. Die einander jagenden politischen Krisen zeigen, wie brüchig der Boden dort geworden ist. Asien, Afrika und Latein-Amerika stellen einen Weltraum des Massenelends und der explosiven sozialen Not dar. Das ist ein einziges weltpolitisches Seuchengebiet. Es ist die Riesenfront des Hungers und des nackten Elends, an der das Abendland kämpft und an der Kontinente über Nacht „überrollt“ werden können. Ein Lebensstandard, der nur an einigen wenigen Punkten über die Befriedigung der animalisch-kreatürlichen, Lebensbedürfnisse hinausragt, der Analphabetismus, wimmelndes Massenelend, technische Rückständigkeit, die Dumpfheit der vorindustriellen Ordnung und vor allem die ungelöste Bodenfrage — das sind die Wahrzeichen dieses Weltraumes. Die beiden Staaten, die heute im Vordergrund des Interesses stehen, Persien und Ägypten, sind besonders durch Landnot und Landhunger gekennzeichnet. In Ägypten besitzen die Fellachen meist gerade einen halben Hektar Boden. Die Hälfte des Bodens in Ägypten gehört einem Zwanzigstel der Grundbesitzer. Die Pächter müssen vielfach — in Persien und Ägypten — mehr als drei Viertel ihrer Ernte an den Grundeigentümer abliefern. Auf diese Weise wird der Fellache zum Opfer und Sklaven des Geldleihers, der ihm über die dringlichste Not hinweghilft. Der ganze Raum von Teheran bis Kairo schreit nach der Bodenreform wie der dürre Boden nach Wasser.

In dem gärenden Raum aber hat eine alte kämpferische Religion Asiens nahezu einen Mutterboden, der Islam. Es hat sich sowohl in Persien als auch in Ägypten eine islamische Erneuerungsbewegung gebildet: Die moslemische Bruderschaft. Sie vereinigt glühende Hingabe an die Religion und die Erwartung einer neuen besseren Welt mit einem rücksichtslosen und brutalen Fanatismus. Die große Gefahr im Raum des Massenelends ist, daß sich die soziale Bewegung in Revolten des armen Volkes entlädt, das nichts als Beute und Rache sucht, Revolten, die über das Land kommen wie Heuschreckenschwärme und ausgeplündertes und ausgebranntes Gebiet hinter sich lassen. Die Unruhen, die seinerzeit auf die Kündigung des englisch-ägyptischen Vertrages folgten, die Plünderungen und jetzt die Zusammenstöße zwischen Arbeitern und dem

Heer in Ägypten, zeigen in diese Richtung. Es ist auch die Gefahr, daß die soziale Bewegung abgelenkt wird gegen die Fremden. Der Fremdenhaß kann (wie in Europa der Antisemitismus) sehr leicht zum Sozialismus der Dummen und der verführten Volksmassen werden.

In Persien und Ägypten hat die soziale Krise fürs erste zur Militärdiktatur geführt. In nüchternen und kalten Worten formuliert ist das der Zustand Persiens und Ägyptens im Augenblick. In Persien wird die Monarchie fürs erste noch geduldet. In Ägypten ist sie von neuen Machthabern hinweggefegt worden, weil die Lebensführung des sonst politisch nicht uneinsichtigen Königs den Idealen der moslemischen Bruderschaft allzu schroff widersprach.

Auf den Spuren Kemal Paschas Die Welt fragt sich nun, ob Mossadek in Persien und Nagib in Ägypten die großen Reformer sein werden, die ihre Nationen und Staaten wahrhaft erneuern können. Man vergleicht die beiden gern mit Kemal Pascha, dem Atatürk, der die Türkei von oben bis unten umgekrempelt und ein neues und modernes Land daraus gemacht hat. Der Vergleich stimmt wohl nicht ganz, wie überhaupt alle geschichtlichen Vergleiche hinken. Aber etwas Ähnliches müßte sich doch in beiden Ländern vollziehen. Man muß sich hüten, abendländische Begriffe auf die asiatischen Völker anzuwenden. Die Ordnungen sind hier von Grund auf von denen Europas verschieden. Kein Begriff deckt sich mit den unsrigen. Demokratie, Parlamentarismus, Gewerkschaften, soziale Bewegung, Diktatur, all das bedeutet im Raum des Massenelends etwas anderes. Wo die Masse zu elend und zu gedrückt ist, um ihre Sache selber führen und dem eigenen Willen einen artikulierten Ausdruck geben zu können, wird oft all das, was im Abendland eine Institution der Freiheit ist, eine Bastion des sozialen Rückschnitts; in den Parlamenten sind oft die korruptesten Klassen vertreten, sie vermögen immer wieder den Massen das Heft aus der Hand zu winden. Sie sind stärker, geschulter, bewußter, gebildeter als die (Massen; sie vermögen alle Register der Korruption und der Überredung zu ziehen.

Wallstreet oder Kreml?

Reicht aber das, was Mossadek in Persien und Nagib in Ägypten zu bieten haben? Die Spuren schrecken, Hunderte solcher Ansätze sind bisher steckengeblieben und zu ihrem Gegenteil geworden. Die Bodenreform als solche genügt nicht, um die Massen aus ihrem Elend herauszureißen. Die Verteilung auch allen Besitzes der Gutsbesitzer macht den Fellachen

noch nicht reich. Industrialisierung, Bewässerungsanlagen, großzügige hygienische Planungen, Planung des ganzen, Umbau des Landes, Technisierung — das wäre es, was diesen Ländern) not täte. Sind dafür die Voraussetzungen vorhanden: die klare Vorstellung von der Aufgabe, die technische Intelligenz, die Kaders an notwendigen Persönlichkeiten, ein Mindestmaß an Apparat, ein Minimum an Können und Fähigkeit, mit einem Wort Menschen, Mittel, Ideen? Das Schlimme der Situation ist, daß diese Aufgaben nur gelöst werden könnten in Zusammenarbeit mit dem Westen, der großzügigerweise 'das Kapital geben müßte. Aber es ist unverkennbar und unentrinnbar, daß der Nationalismus einen Hauptmotor (dieser Bewegung darstellt. (Das aber bringt Spannungen und Gegensätze mit dem Westen mit sich. In Persien versuchen die Amerikaner ohne großen Erfolg, die Engländer zu überreden, sich mit Mossadek zu vergleichen. Aber dieser Raum wird kaum imstande sein, ohne Hilfe von außen — sei es ohne die Hilfe des westlichen oder des östlichen Industrialismus — ihre Länder im Stil der modernen technischen Welt umzubilden. Zuletzt muß doch eine Entscheidung zwischen Fünfjahresplan oder Wallstreet fallen. Die außenpolitischen Entscheidungen gehen Hand in Hand mit den sozialen und politischen.

Kreuzung zwischen Mohammed und Proudhon

Die Reformbewegungen in Ägypten und in Persien rühmen sich, wie schon so häufig Bewegungen in der Welt, daß sie eine Synthese zwischen Nationalismus und Sozialismus zustande gebracht hätten. Im Hinblick auf Ägypten spricht man von einem Bündnis zwischen Mohammed und Proudhon. Sozial-Nationalismus wird die Bewegung genannt, die sich in Ägypten auf den Bund zwischen Armee und moslemischer Bruderschaft gründet. Le Monde will in einer beachtlichen Artikelserie „Le crépuscule des Paschas“ (Die Abenddämmerung der Paschas) sogar Einflüsse des Dritten Reiches feststellen. Das ist wohl zu einfach gesagt. Mit viktorianischem Liberalismus wird in diesen Räumen nichts zu machen sein. Für die verhungerten und für die verelendeten Völker der orientalischen Welt mag gelten - nur für sie (!) - was einmal Mussolini gesagt hat, daß die Völker nicht Freiheit, sondern Wasserspülung, Straßen und Serum brauchen.

Die große „klassische“ Freiheitsbewegung in Ägypten, der Wafd, hat gegenüber den elementaren Notwendigkeiten der ägyptischen Nation sichtbar versagt. Das Programm von General Nagib geht sicherlich in der richtigen Richtung. Wir wollen denen, sagte er, die zuwenig halben, das geben, was andere zuviel haben. (Niemand werde enteignet, jeder gerecht entschädigt. Aber wer seinen Reichtum mehr liebt als Ägypten, der habe in der neuen Ordnung keinen Platz. Die Festlegung von Höchsteinkommen, die Beschränkung des Grundbesitzes, die Verstaatlichung gewisser Industrien und eine Anzahl staatssozialistischer Projekte — das ist in großen Umrissen das konkrete Programm von General Nagib und seiner Bewegung.

Nun ist es sicherlich wichtig, das rechte Ziel zu erkennen. Aber noch wichtiger ist, ob der Motor stark genug ist, der das Gefährt auf einer Jahrhunderte hindurch verwahrlosten Straße dorthin bringen soll.

Sowjetischer Parteikongreß

Stalin hat zum 5. Oktober 1952 den Parteikongreß der Kommunistischen Partei einberufen. 13 Jahre lang hat dieser Kongreß nicht getagt. Die Einberufung ist begleitet von Ankündigungen, daß der Machtapparat der Sowjetunion noch weit straffer zusammengefaßt werden soll. Das könnte bedeuten — darüber sind sich die kompetentesten Beobachter des Weltgeschehens einig —, daß die Sowjetunion sich nun über die Wahl Krieg oder Frieden klargeworden ist. Der Kongreß wird daher keine geringere Bedeutung haben, als die Präsidentenwahl in den USA im November. Die Welt kann nur hoffen, daß der Kongreß nicht den Beinamen „historisch“ erlangen wird. Auf dem letzten Parteikongreß der Kommunistischen Partei im März 1939 fiel der berühmte Ausspruch Stalins, daß die Sowjets den Westmächten nicht die Kastanien aus dem Feuer holen würden. Es war eine „säkulare“ Entscheidung, der Entschluß nämlich, Hitler fürs erste freie Hand zu lassen. Vor dem Politbüro, das jetzt aufgelöst wird, sagte dann Stalin im August 1939 dem Sinne nach: Wenn wir jetzt nicht den Pakt mit Hitler schließen, wird er keinen Krieg anachen — den Krieg gegen den Westen. Dieser Krieg aber ist im Interesse der Sowjetunion. — Hoffen wir also, daß der neue Parteikongreß nicht so weittragende Entschlüsse fassen wird. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird die Menschheit im Herbst dieses Jahres am Kreuzwege stehen.

PROF. DR. MICHAEL FREUND

AUSSPRACHE

Bewegung — kein Apparat

Paul Mühlbach hat in seinen Ausführungen im Mai-Heft der Gewerkschaftlichen Monatshefte zwei Fragen gestellt, die, da sie bedeutungsvoll sind, hier wiederholt werden mögen: 1. Genügen anerkannte Prinzipientreue, Opferbereitschaft und der Idealismus der seinerzeit gewählten Funktionäre, im Zeitalter der Mitbestimmung die geistigen und organisatorischen Aufgaben zu bewältigen, vor die der DGB heute gestellt ist? 2. Ist unter den gegebenen Umständen eine Gewähr dafür vorhanden, daß sich der Umbau des notwendigen gewerkschaftlichen Führungsapparats nach demokratischen und der neuen Aufgabenstellung Rechnung tragenden Gesichtspunkten vollzieht?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Problemstellung richtig gesehen wird. Indessen kommt Mühlbach in seinen Ausführungen bedauerlicherweise zu Entgleisungen, die nicht unwidersprochen bleiben können. Es kann vorweggeschickt werden, daß die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts eine gewaltige Sogwirkung auf solche Menschen ausübt, die in den neu zu schaffenden Stellen einen Job sehen. Der Zustrom kommt aus Gesellschaftsschichten aller Art, naturgemäß auch aus Akademikerkreisen. Damit ist mal wieder ein Stichwort gegeben, um in durchaus bekannter Art zur Abwehr von Konjunkturrittern eine Attacke gegen akademisch gebildete Menschen zu reiten. Mühlbach hat dies getan und sogar eine Zwischenüberschrift gebracht, wonach ein „Professor Akademiker diffamiert“. Nun, er hat in dem Ton seiner Ausführungen eine Haltung erkennen lassen, die — wäre sie die allgemeine Auffassung der Gewerkschaftsführung — nicht nur tief bedauerlich, sondern auch von weittragender Bedeutung wäre. Es gibt in allen Schichten des arbeitenden Menschen Gute und Schlechte, Idealisten und Futterkrippentypen. Es ist aber keineswegs so, daß nur diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre und -mitglieder von unanfechtbarer Gesinnungstreue sind, die nur die Volksschule besuchen konnten, während diejenigen, denen entweder der Geldbeutel des Vaters oder aber Entbehrungen und Energie den Weg zur Hochschule ermöglicht haben, Menschen minderer Charakterqualität sind. Man kann bei der heftigen Entwertung, die Mühlbach hinsichtlich des Akademikertums vorgenommen hat, nicht erwidern, daß er nur bestimmte Typen, nicht aber jeden gemeint habe und daß in seinen Ausführungen durchaus die Möglichkeit der Anerkennung von Ausnahmen ent-

halten sei. Wir erinnern uns lebhaft der Terminologie eines überwundenen Systems, wo es zu dem Standardvorrat jedes Redners und Schriftstellers gehörte, den Akademikerstand im allgemeinen und den Juristen im besonderen zu diffamieren. Die Mißachtung einer gediegenen fachlichen oder gar universellen Ausbildung und Bildung ist vielleicht eine Zeitkrankheit unserer so modernen Zeit, in der man glaubt, Diplomaten in einem Speyerer Schnellkursus fabrizieren zu können, oder, wie in der Ostzone, Richter in Sechs-Wochen-Kursen zu produzieren. Wenn in Kurzlehrgängen all das Wissen vermittelt werden könnte, wozu andere Jahre gebraucht haben, dann ist unser gesamtes Bildungssystem schlecht. Man wird nicht behaupten können, daß das geistige Fassungsvermögen durch die weltanschauliche Haltung beeinflußt werden könnte. Es genügt eben nicht nur, peripher an die Fragen heranzugehen, die bei der Kompliziertheit des wirtschaftlichen Geschehens immer schwieriger, durch heftige Attacken gegen ganze Berufsgruppen jedenfalls nicht einfacher werden.

Die in den Ausführungen von Mühlbach enthaltene Demagogie sei damit als solche gekennzeichnet. Damit sind aber nicht die Fragen beantwortet, die eingangs seiner Ausführungen gestellt sind. Hierzu aber ein Wort:

Die Schwierigkeit, die bei der Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts geschaffenen Stellen richtig zu besetzen, ist bei beiden Sozialpartnern bekannt. Indessen wäre es verfehlt, nun eine umfassende Bildungsmaschinerie in Gang setzen zu wollen, um die für die Aufgaben vorgesehenen Funktionäre entsprechend zu schulen. Das wissenschaftliche Rüstzeug kann in kurzer Zeit nicht nachgeholt werden; dies ist auch nicht nötig. Für die Funktion sowohl im Aufsichtsrat wie auch als Arbeitsdirektor ist keineswegs Voraussetzung, daß die Funktionäre über das gleiche technische und wirtschaftliche Wissen wie ihre Partner verfügen. Diesen Funktionären obliegt die größere Aufgabe, das Potential der menschlichen Arbeitskraft zu betreuen und ihm den ihm zukommenden Platz im wirtschaftlichen Geschehen zu sichern. Der Versuch, in die technischen Feinheiten und in die finanztechnischen Schwierigkeiten einzudringen, wäre ohnehin gefährlich, weil die Möglichkeit, von routinierten Fachleuten letzten Endes doch hinter Licht geführt zu werden, eine viel größere wäre, als wenn sich der Funktionär auf die ihm zukommenden Lei-

tungsaufgaben in menschlich-sozialer Hinsicht beschränkt. Dies mag Widerspruch hervorrufen; doch wäre es verfehlt, die Grenzen zu übersehen, die jedem gezogen sind. Die Leitungs- und Aufsichtsbefugnisse im Zuge der Mitbestimmung haben nicht zur Voraussetzung, ein subtiles Fachwissen vorzuweisen. Das Eindringen in die Technik sowohl als auch in die Buchhaltung führt nur zur Entfremdung von dem eigentlichen Aufgabenbereich und ist geeignet, den Fremdling auf diesen Gebieten immer mehr zu entwöhnen, Kraft und Nahrung aus der engen Berührung mit den Menschen im Betrieb zu beziehen. Die Funktionäre dürfen nicht Manager in dem Sinne werden, daß sie sich mit Schreibtischarbeit überhäufen und in den bürokratischen Ablauf einspannen lassen, der sie von ihren Funktionen entfernt, die sie lebendig ausführen sollen.

Werden die Funktionen aus dieser Schau gesehen, dann ist die Problematik, woher die Funktionäre genommen werden sollen, nicht mehr allzu groß. Vor allen Dingen

aber ergibt sich dann kein Streit, welche Art von Bildung Voraussetzung ist. Wir können auf die Dialektik verzichten, daß dieser und jener Stand besonders geeignet und ein anderer Stand ungeeignet wäre. Wir sprechen und schreiben sehr viel von der menschlichen Arbeitskraft im Betrieb. Fangen wir zunächst einmal damit an, wirklich auch den Menschen zu sehen und menschliche Qualitäten anzuerkennen, die nicht gelernt und nicht erworben werden können — weder auf Hochschulen noch in irgendwelchen Kurzlehrgängen. Es gab und gibt immer noch zahlreiche Sortierungen unter uns Menschen. Verkrampfen wir uns nicht in der Sucht, weitere Kluften aufzureißen und durch Verächtlichmachung von Mitmenschen eines besonderen Bildungsgrades Haß zu säen. Die Millionen einfacher Menschen, die solche Wertungen ablehnen, können selbst genügend Vergleiche darüber anstellen, wer für die Verfechtung ihrer Interessen geeignet und wer ein Scharlatan ist.

Dr. KARL SCHLESSMANN

BUCHBESPRECHUNGEN

Michael Freund: „Die große Revolution in England“. Claassen Verlag, Hamburg 1951, 592 S., Preis 19,80 DM.

Zunächst muß etwas über den Autor gesagt werden. Michael Freund ist Professor für politische Wissenschaften an der Kieler Universität. Die wissenschaftliche Disziplin, in der er arbeitet, bringt es mit sich, daß er gewöhnt und genötigt ist, die historischen Vorgänge umfassend zu sehen. Er weiß um die Bedeutung der volklichen, geographischen und historischen Grundlagen. Er kennt die Wirksamkeit der außenpoliitischen Umwelt auf die Geschichte des einzelnen Landes. Er übersieht die geschichtsbildende Kraft der Religionen und der Entwicklung des Geistes. Er rechnet mit den schicksalhaften Einflüssen der Wirtschaft. Und ebenso sind ihm die irrationalen Triebkräfte der Massenseele ganz bewußt. Freund beherrscht dieses alles wirklich von Grund auf. Der wissenschaftliche Apparat, den er im Anhang seines Buches ausbreitet, wird jeden Kenner entzücken.

Und dieser Professor der politischen Wissenschaften geht an die Darstellung der Geschichte der großen englischen Revolution in einer Weise heran, die völlig überraschend ist: Er schildert die Menschen und ihre ganzen menschlichen Handlungen. Man fühlt sich manchmal an Shakespeare er-

innert. Diese handelnden Menschen sind nicht mehr nur vernünftige Menschen. Sie sind nicht mehr nur die Werkzeuge der überpersönlichen Kräfte, der Wirtschaft, oder der Ideen oder des Volkes. Sie sind in erster Linie ganz sie selbst. Vernünftig und töricht, gut und schlecht, leidenschaftlich und bemüht, ihr Handeln mit ihren Ideen in Einklang zu bringen. Eine Fülle geistvoller Bemerkungen lassen die Komponenten der politischen Philosophie Freunds erkennen. Aber er deutet das alles nur ganz sparsam an. Im Mittelpunkt seines Buches stehen die Menschen.

Welch weiten Weg mußte die Geschichtswissenschaft gehen, um von der ursprünglichen Erzählung des Geschehens über die Deutung des Prozesses zu der Auffassung zu kommen, die Geschichte sei gewissermaßen eine überpersönliche, autonome Macht, die mit den Menschen nach ihren Gesetzen schaltet. Und wie weit ist der Weg, zum Schluß doch wieder die gestaltende Persönlichkeit im Mittelpunkt des Geschehens zu sehen. Freund bringt im Anhang seines Buches eine kurze Darstellung des Wandels der Auffassung von der großen englischen Revolution im Wandel der Epochen. Sollte seine Auffassung selbst den Beginn einer neuen Epoche darstellen, die, ohne daß wir es merken, eine andere Schau der Dinge

nötig macht? Nichts ist wohl bezeichnender für die Folge der Epochen als der Wandel der Geschichtsauffassung.

Das vorliegende Buch schildert den ersten großen Abschnitt der Revolution. Es beginnt mit dem Regierungsantritt Karls I. 1625 und endet mit der Flucht des Königs aus London am 10. Januar 1642. In diese Zeit fällt der Glanz, der Sturz und die Hinrichtung des großen Stafford, fällt der Krieg gegen Schottland, fällt das große Parlament und die Einberufung des langen Parlaments, fällt die Zeit Pym's, der blutige Aufstand in Irland und der mißglückte Anschlag des Königs auf die Führer des Parlaments.

Ein endgültiges Urteil über das Werk Freunds wird erst möglich sein, wenn (worum Freund und sein Verlag sehr gebeten seien) der nächste oder die nächsten Bände mit dem Höhepunkt, der Revolution mit Oliver Cromwell, erschienen sind. Schon heute aber kann mit Bestimmtheit versichert werden, daß nicht nur die Geschichtswissenschaft, sondern daß auch jeder Leser, der sich gern mit Geschichte befaßt, durch das Buch einen wirklichen Gewinn hat. Denn das Buch ist blendend geschrieben. Es ist so anschaulich und greifbar in den Figuren, daß ich es jedem historischen Roman vorziehen würde. In dieser Hinsicht ist es wirklich ein Vorbild für jeden Historiker. Es ist ja nicht einzusehen, warum Geschichte langweilig geschrieben werden muß. Sie ist an sich interessant genug.

Schließlich eine kleine Bitte: Dem Weg Freunds, den Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens zu stellen, ist voll und ganz zuzustimmen. Trotzdem hätten wir den ersten Abschnitt über die Personen und Mächte der Revolution gerne noch ausführlicher gesehen. Man wird diesen Abschnitt nach der Lektüre des Buches sicher noch einmal lesen. Aber man ist wie nach einem sehr guten Essen hungrig nach noch mehr.

Hoffentlich kommt bald der nächste Band!

Axel Seeberg.

Boris Meissner: „Rußland im Umbruch — Der Wandel in der Herrschaftsordnung und sozialen Struktur der Sowjetunion“; Verlag für Geschichte und Politik, Frankfurt am Main 1951, 91 Seiten.

Boris Meissner, einer der besten Kenner des sowjetischen Systems, verbündet in seiner Studie eine objektive Erklärung der Grundtendenzen des stalinistischen Regimes mit der Darstellung eines äußerst umfangreichen Tatsachenmaterials. Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit werden alle wesentlichen politischen und sozialen Kräfte in der Sowjetunion untersucht. Auf dem

mit wachsenden sozialen Spannungen erfüllten Hintergrund der neuen „Apparatschikgesellschaft“ werden die bestimmenden politischen Institutionen), ihr Aufbau und ihre Aufgaben, sichtbar gemacht. Über die bolschewistische Staatspartei und ihre Exekutivorgane, die Staatspolizei, die Wehrmacht, die Sowjets und die bolschewistischen Massenorganisationen erhält der Leser genaue Auskunft. Der Wichtigkeit des Generationenproblems entsprechend wird dem Komsomol, der bolschewistischen Jugendorganisation, besondere Beachtung geschenkt. Auf den Wandel in der bolschewistischen Ideologie als Folge der politischen und sozialen Entwicklung wird im Zusammenhang mit der Sprachforschungs-Diskussion näher eingegangen.

Meissner beginnt mit der Feststellung, das stalinistische Regime sei eine echte Staatsherrschaft, weil es in der politischen . Wirklichkeit seine Berufung nur aus sich selbst ableite und seine absolute Gewalt auf die Kontrolle mehrerer gleichwertiger Machtquellen gründe. Neben der Staatspartei stützt sich der „Woshdj“ auf die Staatspolizei und in zweiter Linie auf Sowjetverwaltung, Wehrmacht und Massenorganisationen. Auf der Beherrschung dieser Kräfte und im geschickten Ausspielen ihrer Gegensätze auf dem Weg über eine Privatkanzlei beruht seine Macht. Als horizontale Kräfte sind zu diesen vertikalen Institutionen klassenähnliche Gebilde entstanden, deren wichtigstes die Funktionärskaste ist. Die innerpolitische Entwicklung der letzten Jahre legt die Vermutung nahe, daß sich die Macht dieser Kaste weiter steigern und weitere Zugeständnisse der selbstherrlichen Spitze erreichen wird.

Die Partei hat sich als unumschränktes Herrschaftsinstrument von der Kaderspartei Lenins zur Massenpartei, ja zur Interessenpartei der Funktionäre entwickelt. Umfangreiche personelle Veränderungen sind eingetreten, der zentrale Verwaltungsapparat wurde neu organisiert. Der Verfasser macht über alle Prozesse genaue Angaben, so zum Beispiel über die Zunahme der Parteimitgliedschaft. Innerhalb dieser mengenmäßigen Veränderung wandelte sich auch die Alterszusammensetzung und die klassenmäßige Struktur der Parteimitgliedschaft. Hand in Hand mit der Verparteilichung des Staates geht in der Partei eine „Verstaatlichung“ vor sich, die ihren Ausdruck namentlich im Aufstieg der „neuen Intelligenz“ findet.

Der soziologischen Entwicklung folgt die ideologische, die unter Stalin vom dialektischen Materialismus zu einem „vulgären Zweckrealismus“ geführt bat, bei dem der Träger des höchsten Staatsamtes auch die Quelle höchster dogmatischer Erkenntnis ist.

Auch Staatspartei und Wehrmacht können sich dieser Zwangsläufigkeit nicht entziehen. Ihren betont proletarischen Charakter hat die Staatspolizei längst verloren. Neben den höheren Parteisekretären bildet ihr Offizierskorps den politisch entscheidenden Kern der Funktionärskaste: „An die Stelle des primitiven Terroristen ist der raffinierte Techniker der Macht getreten.“ Auch in der Armee gibt heute nach dem Übergang vom Territionalsystem zur Kaderarmee die neue Intelligenz den Ton an. Der Verfasser macht eingehende Angaben über die zur Zeit bestehenden 23 Wehrkreise und die Aufgaben des Kriegsrates.

Im ganzen ist die Arbeit Meissners eine nüchterne Analyse der sowjetischen Wirklichkeit, welche unter Absage an jede propagandistische Polemik das stalinistische Rußland so darstellt, wie es wirklich ist.

Ist aus der neuen Begegnung Rußlands mit der westlichen Welt infolge des Hitlerkrieges eine zweite „Revolution von unten“, eine echte Volksrevolution zu erwarten? Wird sie dem russischen Menschen endlich die ersehnte Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung bringen? Liegen schon heute Anzeichen für eine revolutionäre Situation in Rußland vor? Bestehen Chancen, daß die Befreiung der menschlichen Persönlichkeit von den totalitären Fesseln auch durch eine -allmähliche Lockerung des selbstherrlichen Herrschaftssystems auf revolutionärem Wege erreicht werden könnte? Welche Bedeutung hat die innenpolitische Lage der Sowjetunion auf die Entscheidung über Krieg und Frieden? Wer Antworten auf diese Fragen sucht, wird an dem vorliegenden Werk nicht vorübergehen können.

K.H.S.

Prof. Dr. habil. Hans-Heinrich Herlemann: „Branntweinpolitik und Landwirtschaft“. Kieler Studien, Heft 21, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel 1952, 221 S., Preis 17,50 DM.

Kaum ein Wirtschaftszweig bietet bessere Beispiele für die menschliche Unzulänglichkeit als die Alkoholwirtschaft. Angefangen von der brutalen Korruption während der Prohibitionsperiode in den USA bis zu der kaum noch ins Bewußtsein dringenden Beeinflussung der Beamten und Parlamentarier durch Einladungen zu Weinproben oder der des Publikums durch Überschriften von Zeitungsaufsätzen mit der an den Geschmacksnerven ziehenden Frage: Steinhäger oder Karbidschnaps? Die Alkoholwirtschaft hat den großen Vorzug, daß sie mit Hilfe ihrer Erzeugnisse innere Zusammenhänge und Tatbestände leicht ver-

nebeln und allen Schäfchen das Fell in Ruhe scheren kann.

So auch die deutsche Branntweinwirtschaft. Dazu kommt, daß die Vielfalt der Herstellungsarten, der komplizierte Aufbau des Branntweinmonopols und dessen nicht gerade große Publizitätsfreudigkeit die Verhältnisse unübersichtlich und für jeden, der sich nicht ausschließlich mit ihnen beschäftigt, das hinter den Kulissen getriebene Spiel undurchschaubar macht.

Seitdem Mitte der 20er Jahre Fritz Baade im Reichswirtschaftsrat Vorschläge für die Neuordnung der Branntweinwirtschaft gemacht hat, die aber nicht durchgeführt wurden, ist von wissenschaftlicher Seite zu diesem Problem nicht wieder Stellung genommen worden. Es ist daher ein Verdienst von Herlemann, daß er mit der vorliegenden Untersuchung die Grundlage für eine unvoreingenommene Beurteilung der Verhältnisse in der westdeutschen Branntweinwirtschaft geliefert hat, denn die Bestimmungen des Monopolesgesetzes entsprechen nicht mehr der veränderten Struktur der westdeutschen Branntweinwirtschaft. Auf der Produktionsseite ist man von vorwiegend landwirtschaftlichen Rohstoffen, wie Kartoffeln und Getreide, zu chemisch-industriellen Herstellungsverfahren übergegangen, während auf der Absatzseite die Branntweinverwertung als Energiequelle und industrieller Rohstoff an Bedeutung gewonnen hat.

Die derzeitige Branntweinpolitik basiert aber immer noch auf der Fiktion, als ob die landwirtschaftlichen Brennereien aus ernährungswirtschaftlichen Gründen geschützt werden müßten. War dieses Argument schon vor 25 Jahren für die gesamtdeutsche Landwirtschaft, wie Baade nachgewiesen hat, nicht mehr zugkräftig, so ist es für die westdeutsche Landwirtschaft geradezu absurd. Herlemann zeigt klar auf, daß weder betriebswirtschaftliche noch agrarpolitische Gesichtspunkte die Abstellung der Branntweinpolitik auf die Interessen einer geringen Zahl von Kartoffelbrennereien rechtfertigen und daß zweckmäßigere und volkswirtschaftlich billigere Methoden anwendbar sind, wenn man unbedingt die typischen Brennereibetriebe oder die kleinen südwestdeutschen Obstbrennereien, die zahlenmäßig nicht unbedeutend sind und deswegen auf manche politische Parteien Einfluß ausüben, subventionieren will.

Da die künftige Gestaltung der Branntweinpolitik wahrscheinlich bald den Bundestag beschäftigen wird, ist die Arbeit Herlemanns gerade zur rechten Zeit erschienen.

Harri Bading

M I T T E I L U N G E N D E R R E D A K T I O N

In einem Artikel über „Die Entwicklung der deutschen Presse seit 1945“ in Heft 4/1952 hatten wir darauf hingewiesen, daß in jüngerer Zeit zunehmend Kapitalgeber vorhanden sind, die auf die Presse Einfluß zu nehmen versuchen und daß solcher Einfluß mit der Zeit dazu geführt hat, daß auch nach dem Kriege lizenzierte Zeitungen an kapitalkräftige Unternehmen verkauft wurden. Da wir an dieser Stelle unserer Veröffentlichung die „Stuttgarter Zeitung“ nannten, ist der Eindruck entstanden, als wollten wir sagen, daß auch diese Zeitung verkauft worden sei. Das sollte nicht behauptet werden. Uns lag, wie aus dem Artikel u. E. unzweideutig hervorging, daran, den Vorgang in Erinnerung zu rufen, bei dem ein Lizenzträger dieser Zeitung „eine sehr hohe Summe“ erhielt, als er nach nur etwa vierjähriger Tätigkeit aus dem Unternehmen ausschied. Die Summe betrug etwa eine Million Deutsche Mark.

Dr. Oskar Heckmann (geb. 1910 in Mannheim) studierte von 1930 bis 1935 Architektur und Städtebau an der Technischen Hochschule Berlin. Nach kurzer Tätigkeit als freischaffender Architekt führte er im Staatsdienst zahlreiche Siedlungs- und Wohnungsbauvorhaben für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Nordwestdeutschland durch. Seit 1947 arbeitet er als Baurat auf stadtplanerischem Gebiet in der Zentrale für den Aufbau der Stadt Stuttgart, Dr. Heckmann vertritt als Betriebsratsvorsitzender die Bauverwaltung im Betriebsräteausschuß der Stadt Stuttgart.

Dr. Franz-Josef Steingens (geb. 1909 in Köln) studierte an den Universitäten Freiburg/Br., München, Bonn und Köln Rechts- und Staatswissenschaften. Im Februar 1934 legte er in Düsseldorf das Referendarexamen ab, leistete dann seinen juristischen Vorbereitungsdienst und bestand Anfang 1938 die große Staatsprüfung. Im Juli 1939 promovierte er an der Universität Köln mit einer Arbeit über Probleme des Eigentumsvorbehalts zum Doktor der Rechte. Nach dem Kriege war er zunächst beim Landesarbeitsamt in Düsseldorf als Referent für lohntarifliche Aufgaben des öffentlichen Dienstes eingesetzt und übernahm ab Januar 1949 die Geschäftsführung des dem Arbeitsministerium angegliederten Gewerkschaftsprüfungsausschusses für die britische Zone.

Kurze Biographien der übrigen Autoren dieses Heftes haben wir bereits in früheren Nummern veröffentlicht. Einige Daten über Dr. Klaus Peter Schulz erschienen unter den Mitteilungen der Redaktion in Heft 4/1951, über Helmut Wickel in Heft 7/1951, Werner Holzgreve in Heft 11/1951, Dr. Egon Tuchtfeldt und Dr. Ulrich Teichmann in Heft 5/1951, Dr. Fritz Sternberg in Heft 2/1951, Karl O. Paetel in Heft 6/1952 und Prof. Dr. Michael Freund in Heft 5/1951.